

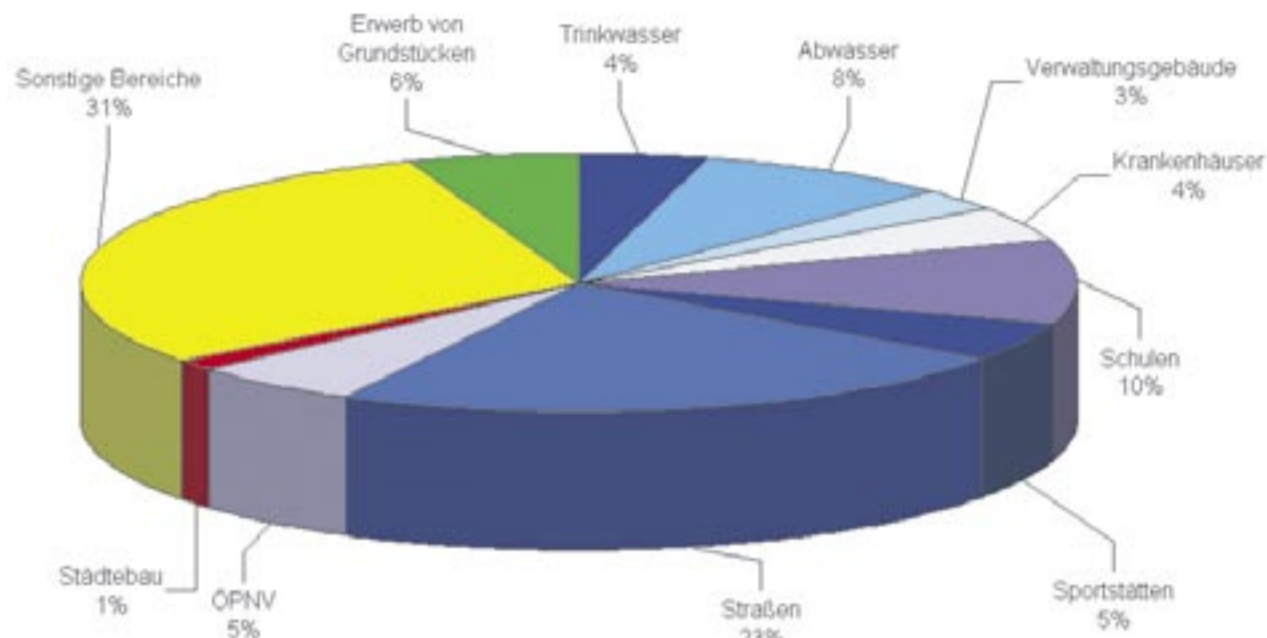
Gradmesser für Lebensqualität ...

Fortsetzung von Seite 1

Denn die kommunalen Investitionen waren in den letzten Jahren wegen der schwierigen Finanzlage der Städte und dem dadurch notwendigen harten Sparskurs stetig gesunken. Das machte Petra Roth als Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages deutlich: „Wer mit offenen Augen durch unsere Städte geht, wird

jährliche Erweiterungs- und Ersatzbedarf weitgehend abgedeckt werden, und der Investitionsrückstand würde nur noch wenig zunehmen. Bei einer Betrachtung der untersuchten Infrastrukturbereiche zeigte sich der größte Investitionsbedarf bei Straßen (162 Milliarden Euro), bei Schulen (73 Milliarden Euro) und bei

Petra Roth. Die Studie zeige, dass Kommunen und kommunale Unternehmen größte Anstrengungen unternehmen, um ausreichend in die Infrastruktur zu investieren und dass mit einem Bündel von Maßnahmen – und einer angemessenen Beteiligung von Bund und Ländern – auch der vorhandene Nachholbe-



Anteil der einzelnen Bereiche am kommunalen Investitionsbedarf in Deutschland in Prozent.

Grafik: Difu

feststellen, dass vor allem bei Schulen, Straßen, Brücken und Tunneln ein gewaltiger Bedarf an Investitionen in die Grundsicherung herrscht. Dieser Bedarf wird weiter wachsen, wenn die vielen großen Bauten aus den siebziger und achtziger Jahren grundsanitiert werden müssen.“

Auch wenn etwas mehr in die Infrastruktur der Städte investiert wird, reicht es nicht aus, um den aufgelaufenen Investitionsstau langfristig wieder abzubauen. In der Zwischenzeit haben sich laut dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie 70 Milliarden Euro aufgrund von unterlassenen Investitionen in der Vergangenheit angehäuft. Dieser Berg müsste dringend abgetragen werden. Außerdem ist in einigen Bereichen nach wie vor ein Rückgang bei den Investitionen festzustellen. Wie hoch dieser ist und welche Investitionsausgaben künftig notwendig sein werden, erfasste die

der kommunalen Abwasserbeseitigung (58 Milliarden Euro).

Effizientes Investitionsmanagement

Für die Bau- und Baustoffindustrie sind die kommunalen Investitionen von besonderer Bedeutung. Denn die Kommunen sind Träger von über 60 Prozent des öffentlichen Bauvolumens. Darum gab es für den Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V., Professor Hans-Peter Keitel, aufgrund der veröffentlichten Zahlen nur eine Schlussfolgerung: „Eine kommunale Investitionswende zur Sicherung der angegriffenen Bausubstanz und zur Erhaltung einer leistungsfähigen Infrastruktur in den deutschen Städten und Gemeinden ist mehr als überfällig.“ Dem konnte Andreas Kern, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ), nur beipflichten: „Die Städte und Gemein-

darf abgebaut werden könne. Der strikte Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre sei dafür das beste Beispiel. Darüber hinaus suchten viele Städte nach Wegen, um effizienter zu wirtschaften und um Investitionen kostengünstiger zu realisieren. Ein Instrument dafür sei die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen, so genannte Public Private Partnerships (PPP). Die Erfahrung dafür zeige, dass sich im Wege von Kooperationen zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft in der Tat Effizienzgewinne realisieren ließen und dass das Potenzial für PPP in Deutschland noch längst nicht erschöpft sei.

Angesichts des anhaltend hohen kommunalen Investitionsbedarfs stellt sich für die Kommunen die Frage, wie sie diesen Bedarf in den kommenden Jahren überhaupt decken könnten. „Diesen enormen Kraftakt werden die Kommunen aus eigener Kraft nicht schultern können. Die Politik in Bund und Länder ist gefordert, die Kommunen mit der notwendigen Finanzkraft auszustatten, um damit die Lebensqualität für die Bürger zu sichern und den Standort Deutschland zu stärken“, appellierte Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund forderte die Politik auf, statt immer neue und bessere Sozialleistungen zu versprechen, sollte sie die Investitionskraft stärken, dass schaffe Arbeitsplätze und helfe den Menschen, auch ohne Transferleistungen eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu finden.

Auch in der Difu-Studie wurde ein Szenario entwickelt, wie am Besten mit dem Investitionsrückstand umzugehen ist. Das Difu empfiehlt, den Investitionsrückstand nicht gleichmäßig verteilt bis zum Jahr 2020 abzutragen, sondern Investitionsanstrengungen in einer konzertierten Aktion in den Jahren 2009 bis 2015 zu forcieren. Außerdem sei eine grundlegende Neuausrichtung in der kommunalen Investitionspolitik dringend erforderlich. Unterstützt durch entsprechende politische Rahmenbedingungen und Prioritäten wäre so die Deckung des kommunalen Investitionsbedarfs bis 2020 machbar.

Ausführliche Informationen zur Studie „Kommunaler Investitionsbedarf 2006 bis 2020“ des Deutschen Instituts für Urbanistik können im Internet abgerufen werden unter www.difu.de/press. Außerdem wird die Studie mit Einzeldaten und weiterführenden Informationen in der Reihe „Edition Difu“ veröffentlicht.



„Hallo, könnten Sie etwas von Ihrem Füllmaterial entbehren?“

Zeichnung: Götz Wiedenroth

Studie des Difu, welche im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und dem Bundesverband der Deutschen Zementindustrie gefördert wurde. Für die Jahre 2006 bis 2020 wurde insgesamt ein kommunaler Investitionsbedarf von 704 Milliarden Euro ermittelt. Dies entspricht jährlichen Investitionen in Höhe von etwa 47 Milliarden Euro (pro Kopf sind das in den alten Bundesländern 755 Euro; in den neuen Bundesländern und Berlin 858 Euro). Zum Vergleich: 2005 wurde ein Investitionsvolumen von rund 40 Milliarden Euro erreicht. Mit Investitionen auf dem Niveau von 2005 könnte, so die Studie, künftig zumindest der

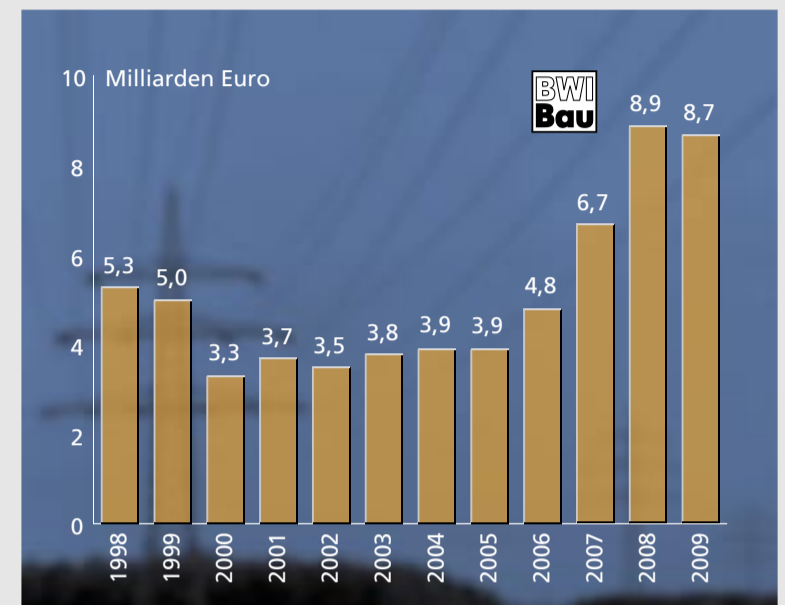
den brauchen nicht nur eine stabile Finanzausstattung, sondern ein effizientes Investitions- und Infrastrukturmanagement, das es ihnen erlaubt, die Aufgaben der Zukunft erfolgreich anzugehen.“ Die Analyse der Difu-Experten machen laut Kern deutlich, in welchem Maß sich hier in den letzten Jahren ein wertmäßiger Substanzverlust als Folge des enormen Investitionsstaus eingestellt habe.

Nicht ganz so dramatisch sieht es dagegen der Deutsche Städtetag. Es sei falsch, aus dem nun ermittelten Investitionsbedarf voreilige Schlüsse zu ziehen: „Die Studie des Difu sollte niemanden dazu verleiten, Horrorszenarien vom Verfall unserer Städte zu entwerfen. Dazu besteht wahrlich kein Anlass“, so

Aktuelle Grafiken

Stromwirtschaft investiert wieder stärker

Investitionen der Stromwirtschaft 1998 bis 2009

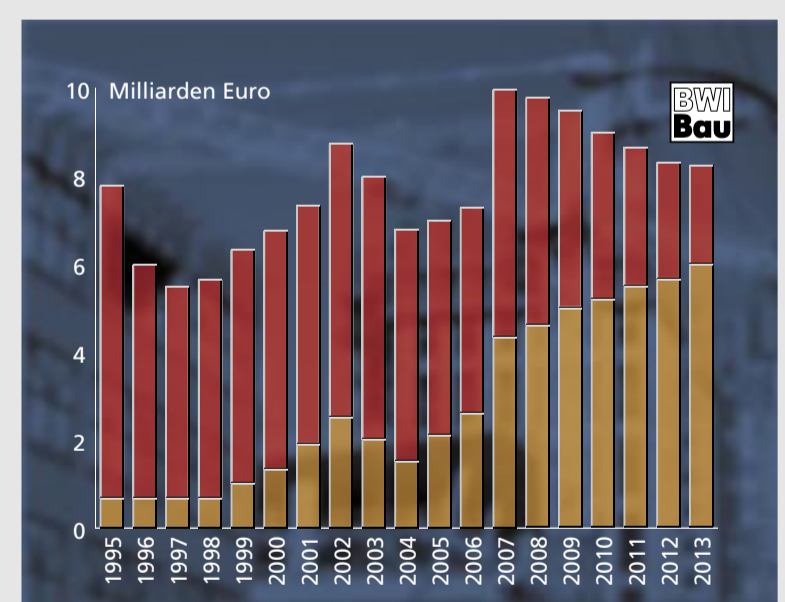


In den Jahren 2006 und 2007 hat die deutsche Stromwirtschaft wieder deutlich höhere Investitionen getätigt als in den Jahren zuvor. 2007 wurden nach Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) 6,7 Milliarden Euro investiert – das höchste Investitionsvolumen seit 1996. Fast die Hälfte, nämlich 3,3 Milliarden Euro (2006: 2,6), flossen in den Netzausbau, weitere 2,7 Milliarden Euro (oder rund 40 Prozent) wurden in den Kraftwerksbau investiert. Im laufenden Jahr 2008 wird mit einem erneuten Anstieg der Investitionen auf 8,9 Milliarden Euro gerechnet. Jedoch ist noch unsicher, ob die Stromwirtschaft diese geplanten Investitionen auch in vollem Umfang realisieren kann. Vor allem die noch bestehenden Unklarheiten bei der Umsetzung der Anreizregulierung im Netzbereich und die derzeitigen Widerstände gegen neue Kraftwerksbauten verunsichern die Investoren. Derzeit sind nach einer Bestandsaufnahme des BDEW insgesamt 60 Kraftwerksprojekte im Bau oder in Planung, die bis 2018 in Betrieb gehen sollen. Die Investitionssumme dafür liegt bei rund 38 Milliarden Euro.

Datenquelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

Investitionsbedarf im Städtebau: 64 Milliarden Euro bis 2013

Investitionsmittel und -bedarf im Städtebau



Der städtebauliche Investitionsbedarf von 2007 bis 2013 beläuft sich insgesamt auf 64 Milliarden Euro. Das ist das zentrale Ergebnis eines Forschungsprojekts, den das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) beauftragt hatte. Von diesen 64 Milliarden Euro stellen circa 24 Milliarden Euro öffentliche Mittel dar (von Bund, Ländern und Gemeinden), die durch private Mittel in Höhe von 40 Milliarden Euro ergänzt werden. Wie die Grafik veranschaulicht, besteht vor allem in Westdeutschland ein wachsender Investitionsbedarf im Städtebau. Wurden im Zeitraum 1995 bis 2006 von den rund 83 Milliarden Euro an Städtebauinvestitionen 22 Prozent im Westen und 78 Prozent im Osten Deutschlands realisiert, so entfallen vom Bedarf zwischen 2007 und 2013 rund 57 Prozent auf die alten und 43 Prozent auf die neuen Bundesländer. Die finanziell bedeutsamsten Maßnahmenbereiche im Städtebau sind die Sanierung von Wohngebäuden und die Sanierung von historisch erhaltenen Gebäuden und Ensembles. Die Verbesserung des öffentlichen Raumes und Wohnumfeldes sowie der Neubau zur Lückenschließung rangieren auf den folgenden Plätzen.

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung